



Andreas Dippel | Egmond Prill (Hrsg.)

Die schleichende Islamisierung?

Beiträge, Fakten und Hintergründe





Inhalt

Vorwort 8

JÖRN SCHUMACHER

Das „christliche Abendland“ packt ein 12

ELMAR THEVESSEN

Islamistische Propaganda im Internet 21

JOHANNES KANDEL

Christen und Muslime:
Über den „weich gespülten Dialog“ 29

HERMANN GRÖHE

Nüchternheit tut gut!..... 38

CHRISTINE SCHIRRMACHER

Herausforderung Islam: Für Gesellschaft,
Politik und Kirche – Für uns alle..... 43

FRITZ SCHMALDIENST

„Islam ist Frieden“ als Schutzbehauptung..... 63

ANDREAS DIPPEL

Islam in den Medien:
„Einer gewissen Blauäugigkeit entgegenwirken“ 70

JÖRN SCHUMACHER

Islamischer Aufstand: Karikaturen und Bomben 85





ELISABETH HAUSEN | DANA NOWAK
Fremde Macht: Wie arabische Medien berichten..... 90

UDO ULFKOTTE
„Islamisten nicht brav Pfötchen geben“ 102

UWE SIEMON-NETTO
Christus mal kurz unterschlagen..... 110

JOHANNES KANDEL
**Menschenrechte und Islam –
Anmerkungen zur „Kairoer Erklärung
der Menschenrechte (1990)“ 114**

EGMOND PRILL
**Islam – Einblicke in
die Geschichte und den Glauben an Allah 136**

Literaturempfehlungen 148





JÖRN SCHUMACHER

Das „christliche Abendland“ packt ein

Unsere Sichtweise auf den Islam hat sich in den letzten sieben Jahren verändert. Die Gründe: weltweiter Terror, der fast ausschließlich im Namen des Islam verübt wird, Protestwellen in arabischen Ländern wie beim Karikaturen-Aufstand, Morde in Europa im Namen des Koran: Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Die Frage lautet: Wie sehr hat der Islam bereits uns und unsere Gesellschaft verändert?

Der letzte Fall, der das Thema „Islamisierung Deutschlands“ auf die Titelbilder der großen Magazine brachte (etwa im „Spiegel“ am 26. März), drehte sich um eine Richterin in Frankfurt, die sich in ihrer Urteilsbegründung auf den Koran bezog. Sechs „Spiegel“-Autoren trugen auf zwölf Seiten Gerichtsurteile zusammen, die verdeutlichten: Der Islam bestimmt die deutsche Öffentlichkeit bereits mehr, als vielen bewusst ist.

„Haben wir schon die Scharia?“ Diese Frage in der Überschrift des Leitartikels haben sich wohl viele gestellt, als bekannt wurde, wie die Frankfurter Richterin begründete, warum sie den Antrag auf Ehescheidung einer 26-jährigen Deutschen marokkanischer Herkunft ablehnte. Ihr Mann hatte sie geschlagen und dann trotz behördlicher Kontaktsperre mit dem Tode bedroht. „Eine unzumutbare Härte“ sah die Richterin indes nicht, daher sei auch die Scheidung nicht dringend. Die Frau habe vielmehr damit rechnen müssen, dass ihr in einem islamisch geprägten Land aufgewachsener Mann sein religiös verbrieftes „Züchtigungsrecht“ auch ausübe. Was viele er-





schütterte: Die Richterin verweist in ihrer Begründung auf den Koran: In Sure 4, Vers 34 werde dieses „Züchtigungsrecht gegenüber der ungehorsamen Frau“ erklärt – ebenso wie die „Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau“.

Deutschlands einziger Minister für Integration, der nordrhein-westfälische CDU-Mann Armin Laschet, sprach von einem „vorläufig letzten Glied in einer Kette erschreckender Urteile deutscher Gerichte“, in denen zum Beispiel sogenannte Ehrenmorde nur als Totschlag und nicht als Mord gewertet wurden. „Eine solche Rechtsprechung bahnt den Weg für die Verfestigung einer muslimischen Parallelgesellschaft und die Aufweichung des Rechtsstaates“, so Islamwissenschaftlerin und wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Islamfragen in Bonn, Dr. Christine Schirmmayer. „In Frankfurt wurde zum ersten Mal ausgesprochen, was viele denken“, sagte auch die Frauenrechtlerin Seyran Ates.

Der „Spiegel“ kommt zu dem Schluss: „Allzu viele Urteile spielten bereits Islam-Fundamentalisten in die Hände.“ So garantierten die Richter Moslems hierzulande, ihre Kinder vom Schwimmunterricht abmelden oder von Klassenfeiern und -fahrten fernhalten zu können. „Jahrzehntelang“ hätten deutsche Richter islamischen Fundamentalisten „geradezu den Weg in die Parallelgesellschaft geebnet“.

Bemerkenswert ist auch der Fall, bei dem der frühere Imam der Berliner Mevlana-Moschee, Yakub Tasci, das ZDF verklagte. Das Landgericht Potsdam verbot dem Sender im Mai 2006, den Imam auf seinen Internetseiten als „Hassprediger“ zu bezeichnen. Dabei hatte das Journal „Frontal21“ laut „Spiegel“ berichtet, dass Tasci Deutsche in der Moschee als „stinkende Ungläubige“ bezeichnet





hatte. In der Begründung des Gerichts hieß es, Tasci habe zwar tatsächlich gesagt, „diese Deutschen, diese Atheisten“ röchen nach Schweiß und landeten ohnehin im „Höllenfener“, doch sei dies nicht im Hass gemeint gewesen.

Kommt der Islam in die Medien?

In Deutschland leben über drei Millionen Moslems, das sind 3,7 Prozent der Bevölkerung. Sie stammen aus etwa 40 unterschiedlichen Nationen; mehr als zwei Millionen sind türkischer Abstammung. Die Zahl der Moslems wird sich laut einer Studie der Universität Tübingen bereits im Jahr 2030 deutlich mehr als verdoppelt haben. Vor dem gleichen Problem steht Israel seit Langem: Weil die jährliche Wachstumsrate der moslemischen Bevölkerung fast 3,6 Prozent beträgt und damit eine der höchsten auf der Welt ist, die der jüdischen jedoch nur 1,4 Prozent, steht auf lange Sicht die jüdische Mehrheit im jüdischen Staat auf der Kippe.

Dieser Bevölkerungsteil fordert hierzulande immer mehr Rechte ein – oder Nicht-Muslime treten von sich aus dafür ein. Anfang Februar verkündete das ZDF, ab Mai ein eigenes geistliches Wort für Moslems, ein „Forum zum Freitag“, ähnlich dem „Wort zum Sonntag“, im Internet anbieten zu wollen. Wenn das Format ankomme, sei auch eine Ausstrahlung im Fernsehprogramm denkbar, hieß es aus Mainz. Daraufhin preschte der SWR-Intendant Peter Voß vor und stellte ebenfalls eine Islam-Sendung namens „Islamisches Wort“ auf der Internetseite des Informationsradios „SWR cont.ra“ in Aussicht. Die „Glaubensbekenntnisse von drei Minuten Länge sind ab dem 20. April online zu hören und könnten auch irgendwann





ins SWR-Radio kommen, so Voß. Dies sei „ein bescheidener Beitrag zur Integration von Muslimen in Deutschland“, so der Intendant. Wenig später kündigte auch der WDR an, ein Internet-Angebot zu starten, das Hörfunk- und Fernsehbeiträge über Muslime in Deutschland bündele. In Bezug auf die traditionellen Fernseh-Gottesdienste der beiden großen christlichen Kirchen lautet die Frage nun: Wann kommt, im Dienste der leichteren Einbürgerung einer 3,7 Prozent großen, offenbar nicht leicht zu integrierenden Bevölkerungsgruppe, das Freitagabend-Gebet live ins Fernsehen? Im britischen Fernsehen hielt im letzten Jahr erstmals eine völlig verschleierte Muslimin die Weihnachtsansprache. Der Fernsehsender „Channel 4“ sah darin einen Beitrag zur besseren Verständigung zwischen den Religionen.

Immer mehr Moscheen

Dass der Islam in Deutschland zunimmt und das Christentum abnimmt, zeigt die Anzahl der Moscheen und der Kirchen: Es gibt derzeit rund 2.500 islamische Gebetshäuser in Deutschland, von denen etwa 70 in ihrer äußeren baulichen Gestalt als Moschee erkennbar sind. Die meisten Gebetsräume sind sogenannte Hinterhof-Moscheen, umgewandelte Wohngebäude oder ehemalige Fabrikanlagen. Weitere 128 Moscheen seien im Bau oder in Planung, sagte der Leiter des Islamarchivs, Muhammad Salim Abdullah, gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. Nach der Studie des Islam-Archivs in Soest sind im vorletzten Jahr in Deutschland rund 4.000 Deutsche zum Islam übertreten – viermal mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Islam ist im Kommen.





„Der Bau einer Moschee (...) stößt immer wieder auf massiven Widerstand der nichtmuslimischen Bevölkerung“, stellte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in einer Positionsbestimmung zum Islam 2006 fest. Die Gründe: „Angst vor Überfremdung und politischer Agitation, befürchteter Wertverlust der eigenen, in der Nähe des Neubaus befindlichen Immobilien und die Überzeugung, dass das ‚christliche Abendland‘ sein bisheriges christlich geprägtes äußeres Gesicht bewahren sollte.“

Um die Kirchen im Land der Reformation ist es allerdings schlecht bestellt. Laut einer Immobilienstudie der Deutschen Bank vom vergangenen Jahr ist fast jede zweite Kirche in Deutschland gefährdet. Der Grund: schrumpfende Gemeinden und sinkende Kirchensteuereinnahmen. Die EKD gesteht ein, dass nahezu die Hälfte ihrer bundesweit über 20.000 Kirchen und Kapellen in Zukunft nicht mehr für Gottesdienste gebraucht werde. Und auch die Zahl der katholischen Kirchgänger sei zwischen den Jahren 1950 und 2000 von zwölf auf vier Millionen Menschen zurückgegangen, so die Statistik der katholischen Deutschen Bischofskonferenz. Den Verkauf einer Kirche an muslimische Gemeinden lehnt die EKD wegen des Symbolwertes ab.

Wer ist Ansprechpartner im Islam?

Wenn Mohammed in Karikaturen oder in einer Mozart-Oper neben anderen Religionsstiftern verunglimpft wird, bricht seit einiger Zeit inzwischen mit großer Verlässlichkeit in der muslimischen Welt ein Sturm der Entzündung aus, der auf eine enorme Organisation unter den Moslems weltweit schließen lässt. Doch wer ist das Ober-





haupt, wer der Ansprechpartner in Sachen Islam? Wer entscheidet in religiösen Fragen? Wer ruft zum Protest auf? Einen islamischen Papst gibt es nicht. Die Zuständigkeit in religiösen Fragen liegt in der Regel bei dem Imam (Vorbeter) einer Moschee. Gewaltsame Aufrufe entstammen meistens hasserfüllten Predigten in einzelnen Moscheen. Daher ist es auch so schwierig, einzelne Islam-Vertreter anzusprechen, mit denen man Streit schlichten oder bei denen man sich entschuldigen könnte. Es sind immer nur „die Moslems“.

Nur ein kleiner Teil der Muslime in Deutschland, nach Schätzungen gut 15 Prozent, sind organisiert, nach dem Vereinsrecht als religiöse Vereine. Dabei sind die Mitgliedsvereine der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ e.V. (DITIB) anscheinend die größten. Sie umfassen nach eigenen Angaben 867 Moscheevereine und rund 130.000 einzelne Mitglieder. Doch das sind gerade einmal vier Prozent aller Moslems in Deutschland. Ebenso viele sind im „Islamrat“ vertreten. Noch weniger Mitglieder hat der oft zitierte „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD): 200 Moscheen mit etwa 20.000 Mitgliedern – das sind 0,6 Prozent aller Muslime in Deutschland. Es ist vor allem das Internet, das den Muslimen weltweit die Möglichkeit bietet, sich zu organisieren und blitzschnell auf scheinbare Provokationen irgendwo auf der Welt zu reagieren. Doch: „Was auf einer Reihe von Webseiten präsentiert wird, steht in Widerspruch zu den ausgesprochenen Dialog- und Integrationsabsichten“, stellt die EKD fest. Auf Seiten wie „Muslim-Markt“ zeige sich „in der Regel ein konservativ-orthodoxes, gelegentlich auch antisemitisches und antichristliches Islam-Bild“.





Im November 2006 legte die EKD eine „Handreichung“ für das „Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland“ vor. Darin positioniert sich die Kirche zum Islam neu und ergänzt damit eine vorherige „Handreichung“ aus dem Jahr 2000. Dies war offenbar notwendig, denn: „Seither ist viel geschehen, was sich auf die Atmosphäre und den Inhalt der Gespräche in den christlich-islamischen Beziehungen ausgewirkt hat“, heißt es darin. Das Papier zeigt Gemeinsamkeiten auf, betont aber hauptsächlich Unterschiede zwischen dem evangelischen Glauben und dem Islam: den Glauben an Jesus Christus, durch den der Gläubige Gnade erfahre, die Forderung nach Nächstenliebe gegenüber allen Menschen sowie die Mission in „respektvoller Begegnung“ und Zeugnis vom dreieinigen Gott. Diesen letzten Punkt nahmen Moslem-Vertreter zum Grund, ein eigentlich für den 6. Februar 2007 vereinbartes Treffen mit Gesandten des EKD-Rates abzusagen.

Einknicken aus Respekt vor Minderheiten

In Deutschland gibt es nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen und Kirchen rund 6.000 Konvertiten, die vom muslimischen Glauben zum Christentum gewechselt sind.

Mehr als die Hälfte von ihnen, so wird vermutet, sind Iraner. Die Folge für ihre Entscheidung ist meistens: Sie werden beschimpft oder ermordet oder ihre Eltern sagen sich von ihnen los. Übrigens: In der vom Zentralrat der Muslime in Deutschland 2002 veröffentlichten Islamischen Charta heißt es: „Die im Zentralrat vertretenen Muslime (...) akzeptieren das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben.“ Doch eine wil-





lentliche Abkehr vom Islam (Apostasie) ist nach Auffassung der Scharia kein privater Religionswechsel, sondern ein politischer Akt des Staats- oder Hochverrats. Bekannt sind Aussprüche Mohammeds wie: „Wer seine Religion wechselt, den tötet.“ Der Islam wirft immer wieder Fragen auf: Für wen gilt was im Koran? Für wen gilt die Scharia? Treten die hier lebenden Moslems für die Scharia ein?

Der Verfassungsschutz stuft etwa ein bis drei Prozent der Moslems in Deutschland als „Islamisten“ ein. Von denen gelten mehrere tausend Personen als „gewaltbereit“, und über 200 werden als terroristische „Gefährder“ eingeschätzt. Auf jeden Fall sehen viele Moslems in Deutschland nicht die Notwendigkeit, sich an die hier geltende Ordnung anzupassen. Sie bilden Parallelgesellschaften, fordern die Anpassung bisheriger Regelungen. Christa Stolle von der Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ stellte im „Spiegel“ fest: „Immer mehr Mädchen nehmen nicht am Schwimmunterricht teil oder fahren auf Klassenfahrten nicht mit. Oder sie werden gleich von der Schule genommen.“ Und ein 47-jähriger Englisch- und Französischlehrer an einer Bochumer Gesamtschule berichtet, er kenne etliche „Schulversager mit Goldkettchen“, die durch antiamerikanische, antijüdische und sexistische Sprüche auffielen. Sie redeten deutsche Frauen regelmäßig als „Huren“ an. Immer mehr Schulen bieten islamischen Religionsunterricht an. Im März waren sich die Kultusminister von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen auf einer Fachtagung zum Islam-Unterricht einig: Der staatliche Religionsunterricht für muslimische Schüler muss ausgebaut werden, weil er bei der Integration muslimischer Einwanderer hilft und religiösem Extremismus vorbeugt.

